

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 88. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. März 2015, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Verfassungsschutz	4
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 18/3870 (nicht öffentlich und vertraulich)	
2. Personalstruktur und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen	6
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1867	
Vorlage der Staatskanzlei Umdruck 18/4026	
3. Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)	7
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1747	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/4104	
4. Bericht der Landesregierung zur Steuerangelegenheit „Uthoff“	8
Antrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/4105	
5. Information/Kenntnisnahme	9
6. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Verfassungsschutz

Vorlage des Innenministeriums

[Umdruck 18/3870](#) (nicht öffentlich und vertraulich)

Abg. Schmidt wirft die grundsätzliche Frage des Umgangs mit dem Stellenplan des Verfassungsschutzes auf, insbesondere da in anderen Ländern die Stellenpläne öffentlich seien.

Frau Söller-Winkler, Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, weist darauf hin, dass die Stellenpläne klassischerweise in den Ländern, in denen der Verfassungsschutz im Rahmen eines Landesamtes organisiert sei, ausgewiesen würden. Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein sei im Innenministerium als Abteilung organisiert sei. Hier gebe es keine abteilungsweise Zuordnung von Planstellen. Deshalb sei es nicht möglich, das korrekt aus dem Stellenplan des Innenministeriums herauszulösen.

Abg. Schmidt weist darauf hin, dass auch in anderen Bundesländern der Verfassungsschutz als Abteilung im Ministerium organisiert sei; dennoch sei es dort möglich, Stellenpläne abzubilden.

Herr Kahle, Leiter des Referats Grundsatz und Zentrale Dienste im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, legt dar, eine derartige Ausweisung widerspreche der Systematik in Schleswig-Holstein.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, gibt ihren Eindruck wieder, dass man es zwar machen könne, aber nicht wolle.

Dem widerspricht Staatssekretärin Söller-Winkler. Es wäre zwar möglich, eine Bestandsaufnahme zu machen, aber es gebe keinen festen Stellenplan für den Verfassungsschutz. Mit einem solchen würde der Eindruck erweckt, es gebe im Ministerium keine Flexibilität bei Stellen. Dieser Eindruck solle nicht erweckt werden. Deshalb könnte bestenfalls ein Ist-Zustand beschrieben und eine Momentaufnahme dargestellt werden.

Der Vorsitzende verweist auf die Beratungen im Jahr 2014 zu dieser Thematik. Er stellt fest, den Fraktionen sei anheimgestellt, das Thema erneut aufzugreifen und gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag in den Landtag einzubringen.

Die dem Ausschuss zugeleiteten Unterlagen in [Umdruck 18/3870](#) werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Personalstruktur und -managementbericht des Landes Schleswig-Holstein einführen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1867](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Vorlage der Staatskanzlei

[Umdruck 18/4026](#)

Frau Günther, Leiterin des Referats Zentrales Personalmanagement in der Staatskanzlei, legt dar, die Staatskanzlei habe begonnen, Daten zusammenzutragen und Vorstellungen zu entwickeln, wie das Thema angegangen werden könne. Aus [Umdruck 18/4026](#) gehe hervor, welche Daten im Moment dargestellt werden könnten. Dies solle sukzessive weiterentwickelt werden.

Abg. Schmidt, von Kalben und Koch begrüßen, dass die Staatskanzlei begonnen habe, einen entsprechenden Bericht zu entwickeln.

Auf Vorschlag des Abg. Schmidt werden die finanzpolitischen Sprecher gebeten, gegebenenfalls einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1747](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/4104](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdruck 18/3567](#)

Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der PIRATEN bringen den aus [Umdruck 18/4104](#) ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag einstimmig an.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuss einstimmig, den Antrag in der geänderten Fassung anzunehmen.

Außerdem kommt der Ausschuss überein, dass dieser Antrag für die März-Tagung des Plenums angemeldet werden soll.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur Steuerangelegenheit „Uthoff“

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/4105](#)

Herr Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium, verweist auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer (PIRATEN), [Drucksache 18/2710](#). Danach ist eine Stellungnahme der Landesregierung wegen des Steuergeheimnisses nicht möglich.

Der Ausschuss beauftragt den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, Stellung zu der Frage zu nehmen, ob eine Berichterstattung gegebenenfalls in nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung möglich sei.

Der Vorsitzende kündigt an, dass der Finanzausschuss in einem solchen Fall gegebenenfalls am Rande der nächsten Plenartagung tagen werde.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/4027](#) - Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung 2015“

[Umdruck 18/4028](#) - Betriebsmittelkredit UKSH

[Umdruck 18/4029](#) - Infrastrukturbericht

Der Ausschuss nimmt die Berichte aus den [Umdrucken 18/4027](#) und 18/4028 zur Kenntnis.

Zu dem aus [Umdruck 18/4029](#) ersichtlichen Bericht antwortet Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Abteilung Haushalt und Beteiligungen im Finanzministerium auf eine Frage der Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, dass die Zahlen Teil der in der Finanzplanung ausgewiesenen Beträge für das sogenannte Budget 2 seien. Sie seien aus den Ansätzen herausgerechnet worden; deshalb seien sie in dieser Form nicht wiederzufinden. - Der Ausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/4029](#) zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, mit den Beratungen der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs im Juli 2015 zu beginnen.

Abg. Schmidt bittet das Finanzministerium, den finanzpolitischen Sprechern einen Sachstandsbericht über die Auswirkungen der aktuellen Diskussion auf Bundesebene über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags auf die Bund-Länder-Finanzen zu erstatten.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 10:25 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Stellv. Geschäfts- und Protokollführerin